

Studie: Bedarf an Pflegekräften erfordert mehr Mobilität und Migration

Die Europäische Kommission hat eine Reihe von politischen Initiativen ergriffen, um die Mitgliedsstaaten bei der Bewältigung der Herausforderungen einer alternden Bevölkerung und deren Auswirkungen auf den Gesundheits- und Pflegesektor zu unterstützen. Dazu zählt u.a. der Aufbau der [Europäischen Gesundheitsunion](#). Beim Wiederaufbau nach der Coronavirus-Pandemie und bei der Bewältigung des digitalen und ökologischen Wandels spielen berufliche Kompetenzen eine entscheidende Rolle.

Eine kürzlich veröffentlichte Studie der Gemeinsamen Forschungsstelle (GFS) der Europäischen Kommission mit dem Titel „[Healthcare and long-term care workforce](#)“ hat nun verdeutlicht, dass 2018 fast zwei Millionen Beschäftigte in der [Gesundheits- und Langzeitpflege](#) in einem anderen Land als ihrem Geburtsland arbeiten. Ebenso sind zwei Drittel der Beschäftigten in der Gesundheits- und Langzeitpflege in nur fünf EU-Ländern beschäftigt. Der Bericht empfiehlt daher, die derzeitigen Wanderrichtungen in der Arbeitsmigration mit Überlegungen zum Gesundheits- und Langzeitpflegesystem zu verknüpfen und dabei den [Globalen Verhaltenskodex der WHO](#) zu berücksichtigen.

Die Studie bietet wissenschaftliche Einblicke in die wichtigsten demografischen und migrationsbezogenen Elemente, die im Kontext alternder Gesellschaften in der EU berücksichtigt werden sollten, um eine effiziente Personalplanung im Gesundheits- und Pflegesektor zu ermöglichen.

Legislativvorschlag: Vorstoß für Lohntransparenz

Das Recht von Frauen und Männern auf gleiches Entgelt bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit stellt ein Grundprinzip der Europäischen Union dar. Am 04.03.2021 legte nun die Europäische Kommission einen [Richtlinien-Vorschlag zur Lohntransparenz](#) vor. Der Vorstoß ist eine politische Priorität von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und sieht unter anderem das Recht auf Informationen über das Einkommen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die gleiche Arbeit verrichten, vor. Die COVID-19-Pandemie hat die Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern verstärkt und Frauen einem höheren Armutsrisiko ausgesetzt.

Im [Impact assessment](#) (Begleitunterlage der Europäischen Kommission) wird klar unterstrichen, dass nur ein in der gesamten EU geltender kohärenter und umfassender Ansatz gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle Mitgliedstaaten gewährleisten kann. Die vorgeschlagenen Maßnahmen sollen das [Bewusstsein](#) für die Vergütungsstrukturen innerhalb von Unternehmen schärfen. In der Vergangenheit wurden bereits [einige Maßnahmen ergriffen](#), um bestehende Lohnungleichheiten zu minimieren.

Aktionsplan: Neue Leitziele für ein soziales Europa bis 2030

Anfang letzten Monats hat die Europäische Kommission ihren [Aktionsplan zur Umsetzung der Säule sozialer Rechte](#) präsentiert. Mit einem Schwerpunkt auf Arbeitsplätze und Kompetenzen für die Zukunft soll der Aktionsplan den Weg für eine faire, inklusive und stabile sozioökonomische Erholung nach der Krise bereiten und langfristig die Schaffung eines sozialen Europas sicherstellen. Er soll somit auch die Dynamik vorantreiben, die durch Finanzierungsmöglichkeiten im dem ehrgeizigen langfristigen EU-Haushalt im Umfang von 1,8 Billionen Euro und vor allem durch das darin enthaltene Aufbauinstrument *Next Generation EU* geschaffen wurde.

Die neuen Leitziele für die EU sollen bis 2030 erreicht werden. Es wird versucht, einen schrittweisen [Übergang](#) von Notmaßnahmen hin zu Maßnahmen für die wirtschaftliche Erholung der Arbeitsmärkte zu ermöglichen.

Der Aktionsplan stellt [3 Kernziele](#) in den Mittelpunkt:

- Mehr und bessere Arbeitsplätze
- Kompetenzen und Gleichstellung
- Sozialschutz und soziale Inklusion

Bericht: Gleichstellung von Männern und Frauen

Der diesjährige [Bericht über die Gleichstellung der Geschlechter in der EU von 2021](#) zeigt nicht nur abermals bestehende Defizite der Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern auf, sondern insbesondere auch, welche negativen Auswirkungen die COVID-19-Pandemie auf Frauen hat. Die Lockdowns in den Mitgliedsstaaten haben u.a. erhebliche Auswirkungen auf die unbezahlte Pflege und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie:

- Frauen verbrachten im Durchschnitt 62 Stunden pro Woche mit der Betreuung von Kindern (im Vergleich zu 36 Stunden bei Männern) und 23 Stunden pro Woche mit Hausarbeit (15 Stunden bei Männern).
- Ebenso hatten Frauen [größere Schwierigkeiten](#) mit dem Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt nach der teilweisen Erholung im vergangenen Sommer 2020.

Die Europäische Kommission hat auch ein [Portal zur Überwachung](#) ihrer [Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter](#) ins Leben gerufen, die sie vor einem Jahr vorstellte, um die Entwicklung in den 27 Mitgliedstaaten in diesem Bereich nachzuverfolgen.

Förderungen: Neues Programm – EU4Health

Am 26.03.2021 trat das neue [Programm EU4Health](#) in Kraft. Die Abwicklung erfolgt durch die erst kürzlich neu eingerichtete Exekutivagentur für Gesundheit und Digitales ([HADEA](#)). Die EU reagiert damit auf COVID-19 und seine gravierenden Folgen für das medizinische und pflegerische Personal, die PatientInnen sowie die Gesundheitssysteme in der EU. Stella Kyriakides, Kommissarin für

Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, betonte: „[...] Mit seiner beispiellosen Mittelausstattung von 5,1 Mrd. EUR ermöglicht uns das Programm, unsere Krisenvorsorge zu verbessern und stärkere, widerstandsfähigere und leichter zugängliche Gesundheitssysteme aufzubauen.“

Die Mittel aus EU4Health sollen insbesondere die [Bekämpfung grenzüberschreitender Gesundheitsbedrohungen](#) unterstützen sowie den Zugang zu erschwinglichen Arzneimitteln und Medizinprodukten erleichtern.

[Investitionen aus anderen EU-Programmen](#) für den Gesundheitssektor werden das Programm EU4Health ergänzen:

- Aus dem [Europäischen Sozialfonds Plus](#) wird der Zugang schutzbedürftiger Bevölkerungsgruppen zur Gesundheitsversorgung unterstützt.
- Der [Europäische Fonds für regionale Entwicklung](#) trägt zur Verbesserung der regionalen Gesundheitsinfrastruktur bei.
- [Horizont Europa](#) fördert die Gesundheitsforschung.
- Im Rahmen des Katastrophenschutzverfahrens der Union ([rescEU](#)) werden Lagerbestände für medizinisches Notfallmaterial angelegt.
- Das Programm „[Digitales Europa](#)“ und die Fazilität „Connecting Europe“ tragen zur Schaffung einer digitalen Infrastruktur bei, die für die digitalen Gesundheitsinstrumente benötigt wird.